

## **Beschluss A2/2017**

**zur Änderung des Antrags mit Zielrichtung Aufnahme in das Wahlprogramm auf Bundesebene und Unterstützung der Bildungssenatorin**

## **Aufstockung der Landes- und Bundesmittel für den Bildungsbereich**

Die Haushaltsmittel des Landes und des Bundes sind zugunsten der Bildungsbereiche aufzustocken.

Als Beitrag zur Daseinsvorsorge sind die Elternbeiträge für Kindergarten und Hort mittelfristig steuerfinanziert sicherzustellen.

Durch jährliche Bedarfsermittlung sind die erforderlichen Bildungsangebote anzupassen und anzubieten.

Die Ausbildung der erforderlichen Fachkräfte ist den aktuellen Bedürfnissen anzupassen.

Die Parteigremien sind aufgefordert, im Sinne dieser Zielsetzung aktiv zu werden und Wege zu deren Umsetzung zu finden.

### **Begründung:**

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht. Doch nach wie vor entscheidet in kaum einem Industriestaat die ökonomische Herkunft so sehr über den Schulerfolg wie in Deutschland. Im internationalen Vergleich sind wir deutlich schlechter, Kindern schulische Kompetenzen zu vermitteln.

Anderswo erreichen durchschnittlich 32% der Kinder einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern. In Deutschland schaffen das nur 19 %. Seit der ersten PISA-Studie im Jahr 2000 ist zwar einiges geschehen, Deutsche Schulleistungen sind deutlich gestiegen, und noch nie haben so viele Schüler Abitur gemacht wie heute.

1992 haben 30,8 % die Studienberechtigung erworben, 2014 waren es immerhin schon 52,8 %. Aber: 1,2 Millionen Schüler pro Jahr nehmen Nachhilfe, die Eltern geben dafür rund 900 Millionen Euro aus. Das ist der Spitzenplatz in Europa. Die Zahl der Privatschulen hat sich von 1992 bis 2012 von 1.991 auf 3.500 und die Zahl der Privatschüler um 2/3 erhöht.

Von 100 Akademikerkindern schaffen 71 den Sprung auf eine Universität, von 100 Nichtakademikerkindern nur 24. Jedes 10. Kind hat übrigens aktuell keinen Platz in einer Kita. Bremen bildet auch hier das Schlusslicht mit mehr als 14%.

Bildung ist bei uns somit zum Privileg geworden. Dabei ist vor 152 Jahren die SPD einst aus einem Arbeiterbildungsverein hervorgegangen!

Bisher sind im Bundeshaushalt lediglich 4,4 % des Bruttoinlandproduktes für Bildung vorgesehen. Damit liegen wir deutlich unter dem Durchschnitt von 5,2 %. Von den 317

Milliarden Ausgaben sind aktuell 17,6 Milliarden für Bildung und Forschung eingeplant, aber mehr als doppelt so viel für unseren Verteidigungshaushalt.

Maschinen verändern unsere Welt. Sich selbst vernetzende Maschinen ersetzen Arbeitsplätze. Denkende Maschinen fangen an, Menschen Konkurrenz zu machen. Wo heute unsere Arbeitswelt noch führend ist, strecken ausländische Interessenten ihre Fühler aus. Die Wenigsten ahnen, dass sie selbst betroffene "Überflüssige" sein werden. Der "Freistellungsprozess" in einigen Branchen ist allerdings schon spürbar. Eng verknüpft mit dieser Situation ergibt sich die Frage, wie später einmal die grundsätzliche Existenzsicherung zu finanzieren sein wird.

Bildung muss Thema Nr. 1 sein für alle, die den anstehenden Veränderungsprozess überstehen wollen. Investitionen in Bildung und Ausbildung heute sind auf jeden Fall billiger als Sozialhilfe oder Grundeinkommen in Zukunft.